

ASEM" wurden beim People's Forum bereits praktiziert: durch die Vorstellung virtueller Kooperationsprojekte und durch die Teilnahme von VertreterInnen aus Kanada oder Bulgarien.

Trotz dieser Differenzen wurde auch in Seoul von beiden Seiten der Dialog gesucht und geführt. Allerdings vermissten die asiatischen Nichtregierungsorganisationen die eigenen Regierungen. Interesse an ihrer Forderung der Einrichtung eines Forums für Soziales und einem interparlamentarischen Dialog hatten außer Japan nur die EU-Länder. Ähnliche mangelnde Kommunikationsbereitschaft fand sich auch innerhalb des People's Forum. Der chinesische Vertreter protestierte sofort und schriftlich gegen die gesonderte Auflistung von Taiwan unter den vertretenen Ländern. Er sprengte den Menschenrechts-Workshop durch endlose Erläuterungen des chinesischen Menschenrechtsverständnisses. Der vehemente Einspruch der chinesischen Delegation kippte den Absatz, in dem die NRO ihr Bedauern darüber äußerten, dass der Dalai Lama keine Einreiseerlaubnis für Korea erhielt, aus der Schlussresolution.

Nach Seattle, Davos und Prag war auf Regierungsseite die Furcht groß, das People's Forum könnte sich auf die Straßenproteste konzentrieren. Dabei wurde die Bereitschaft der NRO, sich auf die regierungsamtliche Reduzierung von ASEM auf ökonomische Fragen einzulassen, überschätzt. Vielmehr zeigten die Beiträge des People's Forum den Regierungsfatalismus gegenüber der Globalisierung durch gründliche und kritische Analyse der Überwindung, aber auch der fortdauernden Spätfolgen der Asienkrise als defizitär.

Für die europäischen Teilnehmer des People's Forum waren die einzelnen asiatischen Fallbeispiele besonders interessant, vor allem aber auch die sich herauskristallisierenden länderübergreifenden Gemeinsamkeiten: Die Exportsonderzonen, die Informalisierung der Arbeit und branchengebundene oder auf einzelne multinationale Unternehmen gerichtete grenzüberschreitende gewerkschaftliche Kooperation sind eine Erfahrung aller asiatischen Länder. Japan, die Philippinen und Südkorea kennen ähnliche Auseinandersetzungen mit den US-amerikanischen Militärbasen, den darum herum entstehenden Prostitutionsvierteln und der drohenden Umweltverschmutzung. In vielen Ländern gefährden Landminen die Bevölkerung und die Regierung versorgt die Opfer nicht.

Während aus Regierungssicht noch nicht entschieden ist, ob ASEM besser funktioniert als ASEAN oder APEC, sind die Nichtregierungsorganisationen entschlossen, das Vernetzungsangebot zu nutzen. Sie fordern dazu die institutionelle Verankerung ihre Beteiligung am ASEM-Prozess.

Astrid Lipinsky

## **Wirtschaftliche Potenziale und politische Stabilität in Asien**

Berlin, 11. Oktober 2000

Zwei Jahre nach seiner Tagung zur Asienkrise am Bonner Sitz des DIHT lud der Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft nun erstmals in das neu erbaute Haus der Deutschen Wirtschaft nach Berlin-Mitte, um sich im Rahmen einer vom Institut für Asienkunde Hamburg durchgeführten Tagung erneut der aktuellen politi-

schen und wirtschaftlichen Situation auf dem asiatischen Kontinent zuzuwenden. Mitverantwortlich für die Durchführung der mit etwa 150 Teilnehmern aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft ausgesprochen gut besuchten Tagung zeichneten diesmal – neben der DGA und den Trägerverbänden des APA – das International Institute for Asian Studies (Leiden), das Nordic Institute for Asian Studies (Kopenhagen) und das European Institute for Asian Studies (Brüssel).

Wie bereits im einführenden Vortrag von Thomas Lindblad (EIAS Brüssel) klar wurde, stand die vielbeschworene Asienkrise inhaltlich immer noch im Zentrum der Diskussion. Lindblad fasste die Ursachen sowohl der Krise als auch ihres Überraschungsmoments zusammen, indem er in einer Typologie der Ursachen auf zahlreiche interne und externe Faktoren verwies. Abschließend zog er die wichtigsten Lehren, die man gerade in Europa aus finanzieller Überheblichkeit, mangelnden Sicherungsinstanzen und fehlendem Vertrauen ziehen sollte.

In seinem Vortrag zu "Indiens Wirtschaft: gutes Potenzial, aber schlechte Politik?" referierte Michael von Hauff (Univ. Kaiserslautern) die wichtigsten Veränderungen der "planlosen" wirtschaftlichen Liberalisierung seit Beginn der 90er-Jahre, die er vor allem in einem Rückgang der Landwirtschaft bei wachsender Bedeutung des Dienstleistungssektors und einer Steigerung der ressourcenintensiven Produktion sah. Unter Hinweis auf den schwachen Staat, die hohe Verschuldung, zunehmende Armut, eine dramatische Umweltkrise sowie einen mangelnden Grundkonsens in den politischen und gesellschaftlichen Institutionen bewertete von Hauff die Take-Off-Aussichten Indiens eher schlecht und empfahl der Politik einen Ansatz auf der regionalen, bundesstaatlichen Ebene.

Auf die Frage "Wirtschaftsentwicklung und politische Stabilität in Südostasien: Ist die Krise wirklich überwunden?" antwortete Rüdiger Machetzki (IfA Hamburg) in seiner gewohnt differenzierten Weise mit einem "definitiven jein": Die akute Krise sei zwar überwunden, eine nachhaltige Erholungsphase ist jedoch noch nicht absehbar. Machetzki, der auf dem Höhepunkt der Euphorie über das "Asian miracle" vor vier Jahren vor ersten Symptomen einer nahenden Krise und dann zwei Jahre später vor deren Überbewertung als dem "Ende des asiatischen Entwicklungsmodells" gewarnt hatte, nannte mit der Konspiration westlicher Manipulatoren, den spezifischen Fehlentscheidungen, mangelndem Krisenmanagement und allgemeiner politischer Instabilität und Intransparenz in den betroffenen Ländern einige bislang zu wenig berücksichtigte Faktoren für das Ausmaß der Krise. Nach einer skeptischen Zusammenfassung der wichtigsten Voraussetzungen für eine dauerhafte Erholung warnte er die Anwesenden vor erneuter "Indikatoreneuphorie" und empfahl ein wesentlich differenzierteres Vorgehen zwischen lang- und kurzfristigem Engagement.

Mit dem wohl spannendsten Beitrag der Tagung zu "China: Gefährdet die wirtschaftliche Liberalisierung die politische und gesellschaftliche Stabilität" gelang Sebastian Heilmann (Univ. Trier) ein facettenreicher Überblick über Stand und Aussichten der Wirtschaftsreformen in diesem von der Asienkrise direkt kaum in Mitleidenschaft gezogenen Land. Der ungebrochene Aufschwung auf dem Binnenmarkt, die Einleitung überfälliger, teilweise schmerzhafter institutioneller Reformen (insbesondere in Regierungsorganen, Partei und Armee) und der bevorstehende

Beitritt zur WTO lassen trotz problematischer Faktoren wie der ungebrochenen Korruption, wachsenden sozialen Folgeproblemen und der ungeklärten Zukunft der weiterhin unprofitabel wirtschaftenden Staatsbetriebe auf die fachliche Kompetenz der derzeitigen Staatsführung und den baldigen Durchbruch Chinas zu internationaler Wettbewerbsfähigkeit schließen. Heilmanns erfrischend dynamisch gehaltener Vortrag mündete unter Hinweis auf den Gründungsmodus der jüngst ins Leben gerufenen chinesischen Banken- und Börsenaufsicht in die Aufsehen erregende und provokant anmutende These, dass die Pekinger Führung den Apparat der Kommunistischen Partei dazu nutzen werde, den Sozialismus in China zu destruieren und so einen umfassenden politischen Systemwechsel in den nächsten 10 bis 15 Jahren einzuleiten.

Patrick Köllner (IfA Hamburg) ging mit seinem Vortrag "Das Treffen von Pjöngjang und die Perspektiven für Wirtschaft und Politik auf der koreanischen Halbinsel" auf das wohl spektakulärste politische Ereignis dieses Jahres in Asien ein. Nach einer kurzen Schilderung der vorausgegangenen Annäherungspolitik Kim Dae-Jungs referierte Köllner die wesentlichen Ergebnisse von dessen Besuch in der nordkoreanischen Hauptstadt. Eine Analyse der nordkoreanischen "Minimax-Strategie", maximale wirtschaftliche Zugewinne bei minimalen, eher symbolischen Zugeständnissen insbesondere in Sicherheitsfragen zu erreichen, führte ihn zu einer eher skeptischen Einschätzung, diesen "letzten Gletscher des kalten Krieges" in absehbarer Zeit schmelzen zu sehen. Immerhin räumte Köllner ein, dass es keine vernünftige Alternative zu den mutigen Vorstößen des südkoreanischen Präsidenten gebe.

Die Aussichten für die Letzte der einzeln behandelten Nationen wurden von Werner Pascha (Univ. Duisburg) mit seinem Vortrag "Japan: Ist ein Ende der wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung in Sicht?" als "verhalten optimistisch" bezeichnet, was jedoch als Euphemismus für eine fortgesetzte Krise zu werten sei. Paschas Darstellung oszillierte demgemäß zwischen der negativen Bewertung der 90er-Jahre als "verlorenes Jahrzehnt", das von rückläufigen Investitionen, einem dramatischen Anwachsen der Staatsverschuldung, steigender Arbeitslosigkeit und einer rapiden Alterung des Personalbestandes gekennzeichnet war, gegenüber einer Phase der Konsolidierung unter dem Druck der Globalisierung. Sein Resümee der Konsolidierungsbemühungen der japanischen Administration mündete in eine Analyse der längerfristigen Tendenzen der japanischen Wirtschaft, die von Kapitaldefizit, dem unzureichend gesicherten technischen Fortschritt bis zu einem leider nur branchenspezifisch erfolgreichen Produktivitätsfortschritt reichte; das größte Problem bleibe jedoch der Schuldenabbau.

Mit dem abschließenden Vortrag "Perspectives of EU-Asia Economic Relations" zog Willem van der Geest (EIAS Brüssel) ein ebenfalls eher skeptisches Fazit zu den Erholungsaussichten der asiatischen Wirtschaft. Der defizitäre Handel der EU mit der Region zeige, wie nötig die ASEM als Basis für Dialog und gemeinsames Handeln zur Anhebung des EU-Profiles sei.